



Dr. Edgar Franke

28. April 2023

Mitglied des Deutschen Bundestages für Schwalm-Eder/Frankenberg
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister

28. April 2023

Mit FRANKE AKTUELL berichtet der Bundestagsabgeordnete für Schwalm-Eder/Frankenberg, Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin und aus dem Wahlkreis. Der Newsletter erscheint immer im Anschluss an eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Kontakt

Dr. Edgar Franke, MdB
Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729
edgar.franke.wk@bundestag.de

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451-717950

www.edgarfranke.de

www.facebook.com/FrankeEdgar

Inhalt:

Editorial

Neues aus dem Bundestag

Aus Wahlkreis und Heimatregion

Bilder der Woche

Liebe Leserinnen und Leser,

Nancy rief und alle kamen! In dieser Woche war für uns Sozialdemokraten der Apfelweinanstich in Berlin der Pflichttermin. Nachdem diese Traditionsveranstaltung zweimal coronabedingt ausfallen musste, konnte unsere Landesvorsitzende und Bundesinnenministerin Nancy Faeser unter dem Motto



„Appelwoi trifft ahle Worscht“ viel Prominenz in der Hessischen Landesvertretung begrüßen. Neben den Überraschungsgästen Bundeskanzler Olaf Scholz und Verteidigungsminister Boris Pistorius, waren auch die Bundesminister Karl Lauterbach und Hubertus Heil sowie Bundestagspräsidentin Bärbel Bas da. Besonders gefreut hat mich, dass neben Landrat Winfried Becker, dem Fraktionsvorsitzenden Günter Rudolph, und UB-Vorsitzender Philipp Rottwilm auch wieder viele Genossinnen und Genossen aus dem Schwalm-Eder-Kreis dabei waren.

Für mich gab es in dieser Woche neben vielen Sitzungen zur Gesundheitspolitik, insbesondere zu unserer geplanten Krankenhausreform, im Gesundheitsministerium und im Parlament auch einen besonderen Termin: Ich durfte als Gast den irakischen Gesundheitsminister begrüßen. Insgesamt wieder eine rappende Sitzungswoche in Berlin.

Ich freue mich, dass wir die Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten sowie der Ersatzkandidatinnen und Ersatzkandidaten für die Landtagswahl 2023 in dieser Ausgabe fortführen können. Diese Woche stellt sich Günter Rudolph, mein langjähriger politischer Wegbegleiter und Kandidat für den Landtagswahlkreis 7, vor.

Günter kenne ich von klein auf. Schließlich sind wir beide in Haldorf aufgewachsen. Über alle politischen Stationen hinweg, haben wir immer sehr gut zusammengearbeitet. Ich will es ehrlich sagen, ohne seine Unterstützung wäre mir der Sprung in den Deutschen Bundestag nicht gelungen. Ich wünsche ihm viel Erfolg und sichere ihm, wie auch allen weiteren vorgestellten Kandidatinnen und Kandidaten, meine volle Unterstützung im Wahlkampf zu.

Euer Edgar Franke



#GeMA1nsam für gute Arbeit und faire Löhne

Die SPD begleitet den Tag der Arbeit mit einer Kampagne unter dem Titel „#GeMA1nsam geht es besser“.

Denn gemeinsam mit den Gewerkschaften haben wir erfolgreich für die Gas- und Strompreisbremse gekämpft und

Direktzahlungen an Beschäftigte, Rentner und Studierende durchgesetzt. Wir haben Hartz IV durch das Bürgergeld ersetzt, das Wohngeld ausgebaut, den Mindestlohn und das Kindergeld erhöht.



Deutschlandticket: Jetzt geht's los!

Alles neu macht der Mai - zumindest im Öffentlichen Personennahverkehr.

Ab 01. Mai gilt das Deutschlandticket und macht die gesamte Republik zu einer gemeinsamen Tarifzone.

Für 49 Euro im Monat können Busse und Bahnen im kompletten Nah- und Regionalverkehr des Landes genutzt werden. Ein Meilenstein in der Verkehrswende.



Neues aus dem Bundestag

Fachkräfteeinwanderungsgesetz und Weiterbildungsgesetz

Deutschland braucht viele und gut qualifizierte Fachkräfte. Nur so können wir Wohlstand für alle sichern und unsere sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest aufstellen. Damit der Fachkräftemangel unsere Wirtschaftskraft nicht ausbremst, müssen wir alle Potenziale im In- und im Ausland heben. Wir müssen junge Menschen stärker dabei unterstützen, eine Ausbildung zu machen, und den Beschäftigten notwendige Weiterbildungen in einer sich wandelnden Arbeitswelt ermöglichen. Gleichzeitig müssen wir kluge Köpfe und helfende Hände aus aller Welt für uns gewinnen.

Mit der Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes haben wir in dieser Woche in erster Lesung über eines der modernsten Einwanderungsmodelle weltweit beraten.

Zukünftig braucht es bei nicht-reglementierten Berufen keine formale Anerkennung des ausländischen Berufsabschlusses mehr, wenn Fachkräfte dafür über ausgeprägte berufspraktische Erfahrungen verfügen und die Arbeitgeber gleichzeitig tarifgebunden sind oder eine festgelegte Gehaltsschwelle einhalten.

Über eine Anerkennungspartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten kann zudem das Anerkennungsverfahren nach Einreise in Deutschland eingeleitet werden und die Beschäftigung unmittelbar aufgenommen werden.

Mit der Chancenkarte und dem flankierenden Punktesystem eröffnen wir neue Möglichkeiten zur Arbeitsplatzsuche in Deutschland. Darüber hinaus bauen wir bürokratische Hürden ab und beschleunigen die Verfahren für die Erteilung eines Visums.

**Neue Fachkräfte
braucht das Land!**

Mehr rausholen!
*Wer sich qualifizieren will,
wird besser gefördert.*

Mehr reinholen!
*Wer qualifiziert ist,
kann einfacher einwandern.*

SPD Fraktion im
Bundestag



Wir führen eine Ausbildungsgarantie ein und fördern Weiterbildung

Mit dem Weiterbildungsgesetz, das wir seit dieser Woche im Bundestag beraten, stärken wir die Weiterbildung Beschäftigter, indem wir die bestehenden Weiterbildungsmöglichkeiten vereinfachen und weiterentwickeln. Mit der Ausbildungsgarantie führen wir einen Rechtsanspruch auf einen außerbetrieblichen Ausbildungsplatz ein. Außerdem führen wir ein gefördertes Berufsorientierungspraktikum und einen Mobilitätzuschuss ein, erleichtern die Teilnahme an Einstiegsqualifizierungen und öffnen die außerbetriebliche Berufsausbildung auch für marktbenachteiligte Jugendliche.



Zudem schaffen wir mit dem Qualifizierungsgeld eine neue Fördermöglichkeit. Beschäftigte, deren Arbeitsplatz vom Strukturwandel betroffen ist, unterstützen wir mit einer Qualifizierung dabei, als Fachkräfte im Unternehmen zu bleiben und dort neue Aufgaben zu übernehmen. Voraussetzung für das Qualifizierungsgeld ist, dass ein nicht unerheblicher Teil der Beschäftigten im Unternehmen aufgrund des Strukturwandels einen Bedarf an Qualifizierung hat. Außerdem ist eine entsprechende Betriebsvereinbarung oder ein entsprechender betriebsbezogener Tarifvertrag erforderlich.

Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz (PUEG)

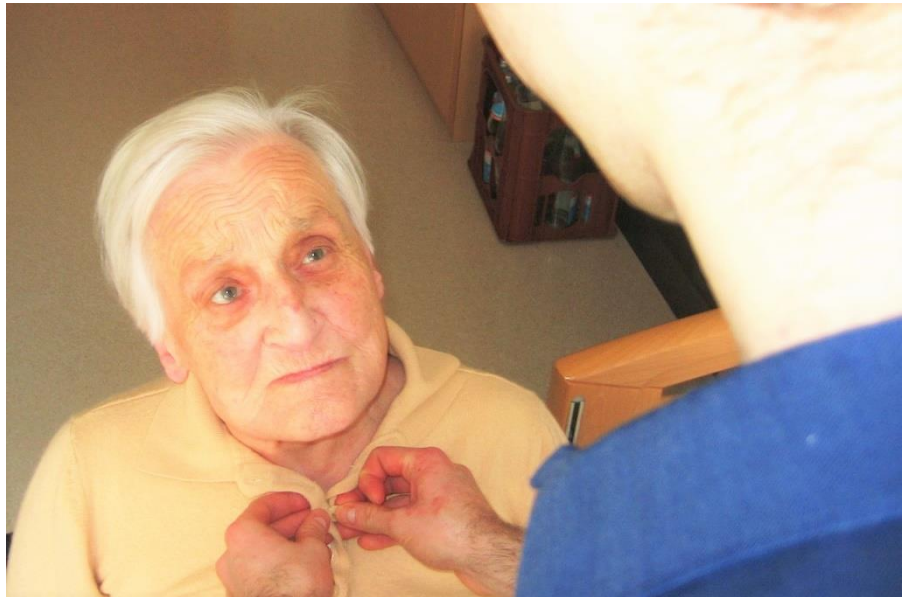
Um auf die steigenden Kosten in der stationären und ambulanten Pflege zu reagieren, soll die Pflegeversicherung finanziell stabilisiert und zugleich Leistungen angepasst werden. Den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur Unterstützung und Entlastung in der Pflege haben wir in dieser Woche in 1. Lesung beraten.

Wir entlasten pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen und schaffen die Voraussetzungen für mehr Pflegepersonal. Konkret ist vorgesehen, das Pflegegeld sowie die Pflegesachleistungen ab 2024 jeweils um fünf Prozent zu erhöhen. 2025 werden diese Leistungen dann erneut um fünf Prozent erhöht, ab 2028 steigen sie entsprechend der Inflation. Wer Angehörige pflegt, kann das Pflegeunterstützungsgeld pro Jahr für bis zu zehn Arbeitstage in Anspruch nehmen. Der Anstieg der Eigenanteile von Pflegebedürftigen in Heimen wird gebremst, indem die Zuschläge von der Pflegekasse ab 2024 auf bis zu 75

Prozent angehoben werden. In der stationären Pflege wird das sogenannte Personalbemessungsverfahren durch zusätzliche Ausbaustufen beschleunigt.

Ein Kompetenzzentrum Digitalisierung und Pflege wird eingerichtet. Das Förderprogramm für digitale und technische Anschaffungen in Pflegeeinrichtungen in Höhe von insgesamt etwa 300 Millionen Euro wird um weitere Fördertatbestände ausgeweitet und bis zum Ende des Jahrzehnts verlängert.

Um die Pflegeversicherung finanziell zu stabilisieren, steigt der Beitragssatz ab Juli 2023 um 0,35 Prozentpunkte an – also von derzeit 3,05 auf 3,4 Prozent des Bruttolohns. Kinderlose zahlen einen Zuschlag von 0,6 Beitragssatzpunkten.



Laut einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts

vom April 2022 muss der Beitragssatz nach Kinderzahl differenziert werden. Dies setzen wir nun um.

Ab dem zweiten Kind sinkt der reguläre Beitragssatz je Kind um 0,25 Prozentpunkte, bis diese 25 Jahre alt sind. Ein Beispiel: Eine Familie mit drei minderjährigen Kindern zahlt dann nur noch 2,90 Prozent, also weniger als bisher. Wenn die Kinder aus dem Haus sind, zahlen die Eltern wieder dauerhaft 3,4 Prozent – und damit weniger als Kinderlose, für die der Zuschlag von 0,6 Beitragssatzpunkten gilt.

Im parlamentarischen Verfahren setzen wir uns für Verbesserungen in der häuslichen Versorgung ein, da die Steigerung der Pflegekosten in den letzten Jahren diesen Bereich härter getroffen hat. Anders als in der stationären Pflege gibt es hier keine Eigenanteilsbegrenzung. Derzeit werden 85 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause versorgt. Sie und ihre Angehörigen benötigen mehr Unterstützung, damit diese wichtige Säule in der Versorgung nicht wegbricht.

Unterausschuss Globale Gesundheit (UA Globale Gesundheit)

Mit verschiedenen internationalen Experten tauschte sich Edgar Franke am 24.04.2023 im Bundestags-Unterausschuss Globale Gesundheit aus.

Dabei ging es im Wesentlichen darum, wie man sich global besser auf zukünftige gemeinsame Herausforderungen wie Pandemien besser vorbereiten kann. Eine Lösung soll das internationale Pandemieabkommen bieten, mit dem sich die WHO-Mitglieder auf eine gerechte und gut koordinierte Reaktion im Krisenfall einigen wollen.



Bei der konkreten Ausgestaltung dieses noch im Frühstadium befindlichen Papiers treten allerdings teilweise Interessenkonflikte zwischen dem globalen Süden und Norden auf - etwa hinsichtlich einer bedarfsgerechten und kostengünstigen Verteilung von medizinischen Gegenmaßnahmen.

Dazu Franke: „Diese Konflikte gilt es nun in gelungenen Lösungen auszutarieren und sich auf das Wesentliche, nämlich eine gute Vorbereitung auf künftige Krisen, zu fokussieren.“ So meinte auch WHO-Generaldirektor Dr. Tedros Ghebreyesus erst kürzlich bei einem Treffen in Montreux, Schweiz, zu Franke: „Globale Herausforderungen wie eine Pandemie benötigen globale Antworten. Wir müssen bei einem gemeinsamen Pandemieabkommen solidarisch zusammenstehen!“

Bericht der Bundesregierung zum Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst

ÖGD

Personell aufstocken, modernisieren und digitalisieren, das sind die Ziele des „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“. Ab dem Jahr 2021 stellt der Bund hierfür 4 Milliarden Euro zur Verfügung. Förderzeitraum: sechs Jahre. Erstes Ziel war es, dass die Länder bis Ende 2021 mindestens 1.500 neue unbefristete Vollzeitstellen besetzen, und zwar mit Ärztinnen und Ärzten sowie Fach- und Verwaltungspersonal.

Dieses Ziel haben die Länder und Kommunen mit knapp 1.800 Vollzeitstellen mehr als erreicht. Weitere Stellen sollen hinzukommen.

Bis 2026 stellt der Bund insgesamt 800 Millionen zur Verfügung, die in die Digitalisierung investiert werden können. Die Gesundheitsämter auf lokaler, landes- und bundesweiter Ebene sollen besser vernetzt und gemeinsame Kommunikationsplattformen bereitgestellt werden. Die Pandemie hat gezeigt: einheitliche Standards, zum Beispiel beim Melde- und Berichtswesen erleichtern die Arbeit.

Rund 80 Prozent der Mittel können die Gesundheitsämter für eigene, dezentrale Digitalisierungsmaßnahmen abrufen. 20 Prozent der Mittel sind für zentrale Digitalisierungsmaßnahmen des Bundes vorgesehen. So unter anderem für das Deutsche Elektronische Melde- und Informationssystem für den Infektionsschutz (DEMIS).

Aus Wahlkreis und Heimatregion

Viessmann verkauft Klimatechnik-Sparte

Die HNA berichtete am 27. April 2023 auf ihrer Titelseite: „Das Heiztechnik-Unternehmen Viessmann aus Allendorf-Eder verkauft seine Klimatechnik-Sparte (Climate Solutions) einschließlich der lukrativen Wärmepumpen an den US-Konzern Carrier Global aus Florida. Das haben die beiden Unternehmen am späten Dienstagabend bestätigt. Das Geschäft soll bis zum Ende des Jahres abgeschlossen sein. Alle Aktivitäten der Viessmann-Gruppe außerhalb des Geschäftsfelds Climate Solutions seien von der Transaktion nicht betroffen.

Carrier bezifferte den Preis auf 12 Milliarden Euro, von denen der Großteil in bar und 20 Prozent als Aktienpaket an die verbleibende Viessmann-Gruppe gehen sollen. Diese wird damit nach eigenen Angaben einer der größten Anteilseigner des US-Konzerns. Max Viessmann, CEO der Viessmann-Gruppe, wird Mitglied des Verwaltungsrats von Carrier Global.





Beide Seiten hätten sich auf langfristige Garantien geeinigt. So seien betriebsbedingte Kündigungen für drei Jahre ausgeschlossen, wichtige Standorte für fünf Jahre gesichert und der Viessmann-Stammsitz in Allendorf-Eder mit derzeit 4500 Mitarbeitern für zehn Jahre als



Hauptsitz gesetzt. An die Viessmann-Mitarbeiter der Klimasparte sollen 106 Millionen Euro als Sonderprämie „für 106 Erfolgsjahre“ ausgeschüttet werden.

Dazu **Edgar Franke**: „Die Firma Viessmann ist der größte Arbeitgeber im Landkreis Waldeck-Frankenberg. Für Nordhessen ist wichtig, dass wir ein klares Bekenntnis zum Standort Allendorf (Eder) haben. 4 500 zukunftsfeste Arbeitsplätze gilt es zu erhalten. Wir wollen aber auch weiterhin Forschung und Entwicklung bei Viessmann abgesichert wissen, denn Viessmann wird ein familiengeführtes Unternehmen bleiben.“

Mit dem anstehenden Gebäudeenergiegesetz müssen wir dazu Planungssicherheit für alle schaffen - für Bürger, aber auch Industrie und Handwerk. Zur Planungssicherheit zählt auch, noch mal über Übergänge und Fristen zu reden. Alle Optionen müssen praktisch möglich sein, da bin ich mir mit unserem Bezirksvorsitzenden einig, der hierzu im Bundestag redete.“

Kandidatinnen und Kandidaten für die Landtagswahl 2023 in Hessen

Die Vorstellungen gehen weiter. Für den Wahlkreis 7 Schwalm-Eder I – nördlicher Schwalm-Eder-Kreis (neu: mit Schauenburg, ohne Fritzlar) stellt sich der Kandidat Günter Rudolph vor:

„Auch in der kommenden Wahlperiode des Hessischen Landtags, über die am 08. Oktober 2023 entschieden wird, möchte ich wieder eine starke Stimme für Nordhessen und besonders für den ländlichen Raum sein.“



CDU und Grüne haben in den letzten Jahren die ländlichen Regionen sträflich vernachlässigt und den Fokus auf wenige Ballungszentren gelegt. Oberstes Ziel einer sinnvollen Landespolitik muss hingegen die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und

Lebensbedingungen in allen Landesteilen sein. Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag hat dafür ihr [Konzept für eine Stärkung der ländlichen Räume](#) präsentiert.

Die Bedeutung des ländlichen Raums für Hessen wird bedauerlicherweise immer noch und immer wieder unterschätzt. 85 Prozent der Fläche Hessens sind als ländliche Gebiete definiert, rund die Hälfte der Bevölkerung lebt dort. Wenn man das Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Hessen zu gewährleisten, wirklich ernst nehmen will, dann müssen die Dörfer und kleineren Städte im ländlichen Raum bei allen landespolitischen Entscheidungen und Planungen stärker als bisher berücksichtigt werden. Egal, ob es ums Bauen, um den Öffentlichen Nahverkehr, um Schulbusse oder um Ladesäulen für Elektroautos geht – das, was an Landesplanung in Frankfurt, Darmstadt und Kassel möglicherweise als großer Wurf erscheint, ist in Niedenstein, Körle oder Morschen sehr wahrscheinlich ohne Bedeutung für die Menschen und ihre Region.

Wer gleichwertige Lebensverhältnisse anstrebt, muss die Unterschiede akzeptieren und seine Politik daran anpassen. Vor allem aber muss eine Politik des Landes für den ländlichen Raum verlässlich und dauerhaft sein. Daran fehlt es der aktuellen Landesregierung, in der ein Minister-präsident aus Frankfurt und seine überwiegend großstädtisch geprägten Kabinettsmitglieder die Dörfer und Kleinstädte nur dann für sich entdecken, wenn es mal wieder auf eine Landtagswahl zugeht.



Ich möchte auch auf die identitätsstiftenden Faktoren des ländlichen Raums verweisen. Wir sehen – auch bedingt durch die unbezahlbaren Wohnkosten in den Großstädten – wieder einen gewissen Zuzug in die ländlichen Gebiete. Das passiert aber nur dort, wo der ländliche Raum mit Straßen, Schienen und schnellem Internet angebunden ist.

Jahre und Jahrzehnte der Landflucht haben ihre Spuren in der Infrastruktur der Gebiete abseits der Metropolen hinterlassen.

Ob bei Mobilität und Verkehr, bei der Digitalisierung, der Gesundheitsversorgung, der Schulbildung, den Kindergärten oder der Kultur – das Verschwinden von Angeboten macht es nun schwer, den Drang aufs Land so zu gestalten, dass die Menschen dort dauerhaft froh und zufrieden sind. Deswegen haben wir in unserem Konzept nicht nur Probleme beschrieben, sondern uns bemüht, praktikable und schnell wirksame Lösungen aufzuzeigen.

Wir benötigen daher eine Landespolitik, die sensibel mit diesen Situationen umgeht und Politikansätze für unterschiedliche Ausgangsbedingungen ermöglicht. Dafür möchte ich auch in der kommenden Wahlperiode kämpfen, um den Ungleichheiten von Stadt und Land entgegenzuwirken.“

Bilder der Woche

Treffen mit dem irakischen Gesundheitsminister **Dr. Saleh Mahdi Al-Hasnawi** und dem German Iraqi Cooperation Office sowie Unternehmen der Gesundheitswirtschaft.



Insgesamt zwölf Unternehmen der deutschen Wirtschaft haben 2012 ein gemeinsam finanziertes „German-Iraqi Cooperation Office“ (GICO) gegründet.

Das GICO unterbreitet im Irak Angebote für den Ausbau der Gesundheitsinfrastruktur und übernimmt aber auch die Patientenversorgung und

die medizinische Weiterbildung.



Die politische Schirmherrschaft für das GICO in Berlin hat das Bundesgesundheitsministerium übernommen, für das GICO in Bagdad das irakische Gesundheitsministerium.



Nachtrag zum **Treffen mit Sozialpolitikern des Vietnamesischen Nationalkongresses**. Die Leitung der Delegation hatte der Vorsitzende des Sozialausschusses, Herr Dang Thuan Phong (links neben Edgar Franke).



Hessenempfang der SPD Landesgruppe Hessen und des SPD Landesverbands Hessen



Das Bild oben zeigt die SPD-Landesgruppe Hessen mit dem Bundeskanzler. Die Moderation des Hessenempfangs übernahm Landesgruppenchef Timon Gremmels (im Bild links neben Nancy Faeser).

Bild rechts: **Nancy Faeser** rief und alle kamen. Auch Kanzler **Olaf Scholz** (Bildmitte mit Nancy Faeser).





Bundestagspräsidentin **Bärbel Bas** mit Bundesverteidigungsminister **Boris Pistorius** und Edgar Franke.



Edgar Franke mit Bundesarbeits- und sozialminister **Hubertus Heil** (links) und Professor **Wolfgang Schröter** von der Uni Kassel.



Walter Momper (im Bild rechts) treffe ich immer wieder bei verschiedenen Gelegenheiten.

Momper, früher bekannt für seinen roten Schal, war von 1989 bis 1991 Regierender Bürgermeister von Berlin. In seine Amtszeit fiel der Fall der Berliner Mauer.



IMPRESSUM

Eine Information des Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Tino Basoukos, Seite 2 Edgar Franke, Seite 3 #GeMA1nsam: <https://www.spd.de/gema1nsam> und Sharepic der SPD Bundestagsfraktion, Seite 4 Sharepic der SPD-Bundestagsfraktion, Seite 5 Bild von Hans auf Pixabay, Seite 6 Bild von Gerd Altmann auf Pixabay, Seite 7 Edgar Franke, Seite 8 Bild von Harmvdb auf Pixabay, Seite 9 oben Edgar Franke, unten Günter Rudolph, Seite 10 Günter Rudolph, Seiten 11, 12, 13 und 14 alle Edgar Franke.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.